

# Rechenschaftsbericht der BmU 2024/25

Mai 2025



## Öffentlichkeitsarbeit und Beginn der Wahlkampf Vorbereitung

Wie auf der JHV 2024 beschlossen und beim Spekulator-Treffen im Dezember bereits vorgestellt, hat der Vorstand mit der Unterstützung durch Marcel Stritzelberger bei loosemedia ein neues Design/Logo sowie eine neue Homepage erstellen lassen, welche durch Bernhard Osterwind und Christian Ritt betreut wird. Der bisherige Internetauftritt wurde von beiden überarbeitet und dient nun als Archiv.

Weiterhin wird von Bernhard Osterwind regelmäßig ein Newsletter erstellt, der die aktuellen Themen im Rat und in den Ausschüssen kurz zusammenfasst. Auch führt er viele Beratungen in der Geschäftsstelle in der Bergstraße 13 durch, insbesondere zum Thema Fernwärme (im Geschosswohnungsbau).

Die Wahlkampf Vorbereitung hat begonnen.

Der Vorstand hat zur Besetzung der 20 Wahlbezirke und der Reserveliste Vorschläge erarbeitet.

Rainer Hustädt hat bereits einige Werbeflächen gesichert.

Erste Informations- und Diskussionsflyer sind erarbeitet worden.

Weitere Überlegungen zu Plakaten, Flyern, Anzeigen u.ä. sind in Arbeit.

Bernhard Osterwind und Christian Ritt haben ein Fortbildungsseminar zu Wahlkampf und Öffentlichkeitsarbeit besucht, das durch die UWG-ME organisiert worden war.

Zudem waren beide mit Marcel Stritzelberger zu einer Weiterbildung zum Thema Erstellung von Videos für SocialMedia. Ziel ist, Kurzvideos für facebook, instagram und youtube zu produzieren. Unterstützung ist sehr erwünscht.

In der wärmeren Jahreszeit werden auch wieder regelmäßig Informationsstände eingerichtet. Der Vorstand bittet um eine breitere aktive Beteiligung aus dem Verein.

Wie im Kassenbericht zu sehen ist, werden die Finanzen der BmU mit großer Umsicht durch Rainer Hustädt geführt. Ebenso umsichtig erledigt Wolfgang Schriegel unseren Schriftverkehr. Ein herzlicher Dank an beide.

## Die Rats- und Ausschussarbeit der BmU 7/2024 bis 2/2025 – exemplarische und wesentliche Themen

Für die BmU sind aktuell 6 Ratsmitglieder und 12 Sachkundige Bürger(innen) in Rat, Ausschüssen und Aufsichtsrat Stadtwerke aktiv.

- **Die Arbeitsatmosphäre in Ausschüssen und im Rat bleibt weiterhin problematisch.**  
Persönliche Angriffe dort oder aggressive Social-Media-Auftritte machen die Arbeit zunehmend unerfreulich.  
Oder es werden unnötige Diskussionen begonnen, wie über die Gebühren zum Feierabendmarkt. Hier beantragte Bernhard Osterwind für die BmU zwar erfolgreich, darauf zu verzichten, da der Verwaltungsaufwand zu groß sei, in den dissozialen Medien gab dann aber die CDU an, dies erwirkt zu haben. Wie auch beim Thema Parkplätze Schinkelstraße die CDU die BmU-Idee für eine Anwohnerbefragung als ihre ausgab.  
Die Abschaffung einer unwirtschaftlichen Gebühr über 28€ für die Genehmigung von Straßen-/ Nachbarschaftsfesten wurde von CDU/SPD abgelehnt.
- **Nachtragshaushalt 2025 – BmU: Der Nothaushalt ist nicht mehr zu vermeiden**  
Dass Erkrath sich noch nicht in der erzwungenen Haushaltssicherung bzw. sogar im Nothaushalt befindet, wurde zum einen durch die Erkrather Grundsteuererhöhung 2024 (vor der Bundesumstellung 2025) durch CDU und SPD erreicht. (Somit hat man dies geschickt hinter die Kommunalwahl im September 2025 verschoben). Und es ist festzustellen, dass dies zum anderen aktuell 2025 nur noch durch die Gewinnabführung von 1,4 Millionen Euro von den Stadtwerken und durch von der Landespolitik ermöglichten Buchungstricks der Haushaltsführung (Änderung des Globalen Minderaufwandes, Verlustvorträge) verhindert werden kann.  
Kommt eine Stadt in den Nothaushalt, stehen alle freiwilligen Leistungen auf dem Prüfstand. Das wären z.B. der Kultursektor, soziale Projekte, Maßnahmen zu Klimaschutz/-anpassung, das Vorhalten von Schwimmbädern (auch das Schulschwimmen ist keine Pflichtaufgabe der Kommune), die freiwilligen Zuschüsse für Vereine und die freiwilligen Zuschüsse für die Kitas, insbesondere für die in freier Trägerschaft.  
In seiner Haushaltsrede hat es Bernhard Osterwind mehr als deutlich gemacht, dass die Finanzlage der Stadt katastrophal ist. 2025 sind wir an dem Punkt angekommen, dass das verbliebene Eigenkapital mit der Summe der Investitionskredite auf einem Stand ist. Ab jetzt geht es ins tiefe Minus. Das Motto der CDU „Wir bewegen Erkrath“ muss hier hinterfragt werden: Wohin?!  
Seit 2010 hat die BmU eine freiwillige Haushaltssicherung sowie Reduzierungen bei den Großbauprojekten gefordert und ist auf taube Ohren gestoßen. 2025 fordert sie es nicht mehr, da eine Haushaltssicherung überhaupt nicht mehr möglich ist.  
Dass Nachhaltigkeit und Haushaltskonsolidierung einen größeren Stellenwert in Erkrath (gehabt) haben müssten, zeigen die Perspektiven: 2028 wird die Stadt 8

Millionen Euro allein für die Schuldzinsen zahlen müssen, die Grundsteuer B1 müsste von 808 auf 1600, B2 von 1340 auf 2600% steigen.

Dem nächsten Stadtrat und insbesondere den zukünftigen Generationen wird diese Haushaltsführung auf die Füße fallen.

- **Strategie zur Nachhaltigkeitssatzung völlig unzureichend**

Für die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitssatzung hat sich die BmU seit vielen Jahren eingesetzt. Die von der Stadt erarbeitete Nachhaltigkeitssatzung erfüllt die Erwartungen aber nicht. Der Finanzbereich ist völlig ausgeblendet und im Bereich Klima/Umwelt bestehen große Mängel, Umweltstandards werden sogar zurückgenommen.

- **CDU und SPD stimmen für eine Änderung der Grundsteuer-Hebesätze**

Nachdem das Bundesverfassungsgericht 2018 geurteilt hatte, dass die Ermittlung der für die Grundsteuer maßgeblichen Richtwerte verfassungswidrig sei, wurde 2019 die Neuberechnung der Grundsteuer beschlossen. Kläger hatten u.a. bemängelt, dass die alte Bemessungsgrundlage völlig überaltert und Mehrfamilienhäuser im Verhältnis benachteiligt gewesen wären.

Für die Eigentümer und somit Grundsteuerzahler wurde von den Finanzbehörden ein neuer Messbetrag ermittelt und mitgeteilt. Nun müssen die Kommunen ihren Hebesatz anpassen. Ab 2025 gilt dann die neue Grundsteuer.

Die BmU kritisiert, dass die Stadtverwaltung ihre Überlegungen der Politik erst eine Woche vor der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mitgeteilt hat. Dies ist eine zu kurze Zeit um die konkreten Auswirkungen für die Erkrather Bürgerschaft vernünftig einschätzen zu können.

Zudem fehlten in der Vorlage Beispielrechnungen, um die gebeten worden war. Erst am Tag der Ratssitzung wurden diese vorgelegt. Irgendwie fühlt man sich da von der Verwaltung nicht ernst genommen.

Die BmU wiederholt hier auch ihre Kritik an der Erkrather Finanzpolitik. Schon mit der letzten Hebesatzänderung 2023 wurde deutlich, dass sich CDU, Bürgermeister und SPD nur über die nächste Kommunalwahl im September 2025 retten wollen.

Nachdem die Erarbeitung eines von der BmU beantragten freiwilligen Haushaltssicherungskonzeptes gescheitert war, da die Vorschläge des Gutachterbüros (Kritik an überdimensionierten Großbauprojekten) unberücksichtigt geblieben waren, wäre es aus unserer Sicht ehrlicher gewesen, die Haushaltssicherung nicht weiter zu verschieben. Erkrath hat kein Konzept, die Haushaltsführung geht zu Lasten der kommenden Generationen, sie ist nicht resilient, nicht sozialverträglich, nicht umwelt-klimafreundlich.

Bernhard Osterwind signalisierte die Gesprächsbereitschaft der BmU zu den Hebesätzen, als Bedingung forderte er aber ein, dass klare Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ergriffen werden. Die Änderung der Hebesätze hat die BmU daher in HFA und Rat abgelehnt.

Mit den Stimmen von CDU und SPD wurde schließlich im Stadtrat die folgenden neuen Hebesätze beschlossen: Grundsteuer A (Forst-/Landwirtschaft): 473;

Grundsteuer B (bebaute Grundstücke): 808; sowie die neue Grundsteuer C (für bebaubare, aber nicht bebaute Grundstücke): 1340.

- **Der Bürgerentscheid zum Thema „Erbbaurecht Neanderhöhe“ ist mangels Beteiligung gescheitert.**

Zwar hatten 62,8% der Abstimmungsberechtigten mit JA gestimmt (4373 Personen), dass die Gewerbegrundstücke auf der Neanderhöhe nur über Erbbaurecht veräußert werden dürfen, allerdings war die Abstimmungsbeteiligung mit insgesamt 20,06% zu gering. Knapp 7000 Bürgerinnen und Bürger hätten mit JA stimmen müssen, der Entscheid ist also am Zustimmungsquorum von 20% von 34760 Abstimmungsberechtigten gescheitert.

Grundsätzlich hätte der Rat dem Votum trotz des Nichterreichens des Quorums allerdings folgen können. Jetzt besteht die Gefahr, dass die Stadt und ihre zukünftigen Generationen den Zugriff auf die Grundstücke verlieren, ungenutzte Grundstücke durch Leerstände wie im Gewerbegebiet Unterfeldhaus lassen sich so nicht verhindern.

Wirklich irre ist die Argumentation aus der CDU, dass die 80% Nichtabstimmenden klar als NEIN-Stimmende zu werten sind. Neben der suboptimalen Beteiligung zeigt sich hier ein weiteres Problem unserer Demokratie, statt die Motive der (Nicht-)Wählerschaft zu ermitteln und zuzuhören, wird spekuliert und im Eigeninteresse interpretiert.

Erstaunlich, dass Bürgermeister/CDU und FDP äußerten, dass man den Bürgerentscheid früher hätte durchführen sollen. Die BmU hatte dies von Anfang an gefordert, z.B. zusammen mit der Europawahl oder dem Bürgerentscheid Hasenwiese. Die Ratsmehrheit hatte zunächst das Bürgerbegehren abgelehnt und die Initiative dies in zwei Gerichtsinstanzen durchfechten müssen, hier wurde wertvolle Zeit vergeben.

- **CDU und SPD lassen Fernwärmekunden das Haushaltsloch stopfen und gefährden die Zukunftsfähigkeit der Stadtwerke**

Bürgermeister, CDU und SPD haben dem Beschluss des HFA zugestimmt (23:22), dass 75% der Gewinne der Stadtwerke, d.h. 1,5 Millionen €, an die Stadtkasse gezahlt werden.

Die Begründung durch den Bürgermeister war auch einfach: Die Stadt bräuchte das Geld "jetzt" für den Haushalt. Hier wird also das Haushaltsloch gestopft, um vor der Kommunalwahl 2025 den Nothaushalt und den Unmut der Wählerschaft zu vermeiden.

Bei der Gewinnausschüttung werden aber einseitig die Fernwärmekunden zur Kasse gebeten, so ist Fernwärme absolut nicht attraktiv.

Die aktuelle Situation der Fernwärme und Stadtwerke verbietet aus Sicht der BmU diese Gewinnausschüttung. Riesige Investitionen kommen für die Dekarbonisierung und für die Sanierung des maroden Netzes auf die Stadtwerke zu, aktuell geht man mindestens von 110 Mio. € aus.

Die BmU hatte schon für 2007 die vorbereitete Übernahme des Fernwärmenetzes

gefordert, damals verhallte dies von allen anderen Fraktionen ungehört. Die Übernahmeentscheidung 2021 – auch mit den Stimmen der Grünen - war dann aber übereilt, die Stadtwerke waren nicht darauf vorbereitet, ein Konzept für die Dekarbonisierung fehlte. Dabei wurde sogar ein Klageverfahren gegen e.on zurückgezogen, welches die Stadt bereits 0,5 Mio. € gekostet hatte und das in einem ersten Teilurteil sogar positiv aussah. Die Stadt verzichtete somit nicht nur auf die Gewinne der Fernwärme seit 2017 und auf Rücklagen bei e.on, sondern musste sogar einen Kaufpreis entrichten, deren Höhe ich nicht veröffentlichen darf. Die Übernahme hat auch nicht die versprochenen Verbesserungen im Vergleich zu e.on gebracht, auch die Stadtwerke nutzen weiterhin die alte Preisformel, die Gegenstand der Klage des Verbraucherschutzverbandes ist. Die von der BmU angeregte Geothermie, ist bislang mehr als stiefmütterlich behandelt worden, stattdessen werden neue Erdgas-BHKW beschafft.

- **Flächennutzungsplanänderung Kleines Bruchhaus – Planungen zu Solarthermie nicht sinnvoll**

Aus Sicht der BmU ist hinsichtlich der notwendigen Umstellung der Fernwärme auf regenerative Energien und der Abkehr vom immer teurer werdenden Erdgas die Installation von Solarthermie-Feldern allerdings nicht sinnvoll.

Es ist abzusehen, dass nur die Nutzung von Geothermie einen vernünftigen und bezahlbaren Beitrag zur Dekarbonisierung leisten kann. Da diese eine über das Jahr gleichmäßige Wärmeleistung liefert, wäre die gleichzeitige Nutzung von Solarthermie absolut kontraproduktiv, da diese vorwiegend im Sommer Ertrag bringt und die Geothermie behindern würde. Auf dem Kleinen Bruchhaus sieht die BmU eher (aufgeständerte) Photovoltaik, mit dem gewonnenen Strom könnte man z.B. (Groß-) Wärmepumpen betreiben.

- **Friedhofsgebühren steigen**

Obwohl die Bestattungskosten in Erkrath bisher schon sehr hoch waren, wurden nun von CDU und SPD Steigerungen von 15-21% beschlossen. Die erste eingebrachte Vorlage sah bei Erdbestattungen ursprünglich sogar eine Erhöhung um über 60% vor. Einerseits ist zu beobachten, dass Beerdigungen von Erkrathern vermehrt in Nachbarkommunen oder auf kirchliche Flächen stattfinden. Andererseits ist die Stadt nach KAG aber auch verpflichtet, Gebühren kostendeckend zu erheben.

Die BmU hatte sich daher dafür ausgesprochen, die Erhöhung zunächst auszusetzen und die Ergebnisse eines Arbeitskreises aus Verwaltung und Bestattungsunternehmen abzuwarten, der Vorschläge zur Kostenreduzierung erarbeiten soll.

Für die BmU brachte Fraktionsvorsitzende Osterwind zudem den Vorschlag ein, Flächen der Friedhöfe zu verringern, um Kosten zu reduzieren und diese Flächen dann für Mikrowälder zu nutzen. Auch muss die seit Jahren undurchsichtige Kalkulation der Verwaltung transparenter werden.

- Strittig immer wieder das **Thema Flüchtlinge und Wohnungslose** (Gebührensatzung, Bezahlkarte, Arbeitsmöglichkeiten). Stets wird von anderen Fraktionen versucht, daraus Wahlkampf und Stimmung zu machen.

Die BmU setzt sich dabei sowohl für die Einhaltung von Gesetzen (KAG), als auch für die Menschen ein.

Mittlerweile konnte die Verwaltung dazu bewegt werden, einen konkreten Plan zur Aufgabe des Übergangwohnheimes Thekhaus vorzulegen, in dem katastrophale Bedingungen herrschen. Zuvor hatten aber CDU und SPD im Rat einen Beschluss des ASoWo dazu wieder aufgehoben.

- **Parkplätze werden zur Mangelware.** So reduziert die Ratsmehrheit bei Neubauprojekten (Neue Mitte, Wimmersberg) die Stellplatzpflichten. Oder im Bestand (Schinkelstraße, Millrather Weg, Bergstraße u.U.) muss darauf geachtet werden, dass ausreichend Parkplätze vorhanden sind und bleiben. Eine oft ideologiegeleitete Politik gegen das Auto bzw. im Sinne von Investoren und Planungsfehler sind immer wieder Thema.
- Die **Sanierung von Realschule und Gymnasium Hochdahl** kommt voran. Nur durch die Hartnäckigkeit und Motivation der Elternschaft hatte die BmU auch eine energetische Sanierung erreichen können.
- **Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V.**  
Auf Antrag der BmU wurde der Beitritt beschlossen und die Unterzeichnung der Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ beschlossen.
- **Lichtschutz in Erkrath – aber nur in reduzierter Form**  
Nur einen Teilerfolg konnte die BmU bei der Reduktion von Lichtverschmutzung zum Schutz nachtaktiver Tiere wie Insekten erzielen. Nachdem im Fachausschuss Verwaltung, CDU und SPD angekündigt hatten, gegen die von der BmU vorgeschlagene Lichtschutzsatzung zu votieren, wurde der Kompromiss aus dem Verwaltungsvorschlag beschlossen.
- **Fahrzeugspenden an die Ukraine – gegen AfD und Linke**  
Der Stadtrat hat beschlossen, dass 6 ausgemusterte Feuer-Rettungsfahrzeuge für die notleidende Bevölkerung der Ukraine gespendet werden. Bei Gegenstimmen durch AfD und 1 RM der Linke, sowie Enthaltung durch 1 RM der Linke und 1 RM der CDU. Vorab wiederholte sich eine unschöne Debatte wie schon im Rat am 07.11.2023. Von Linke-RM Lenk und AfD-RM Saueressig wurde ihre Ablehnung der Fahrzeugspende mit abstrusen Interpretationen der weltpolitischen Lage und der Finanzlage der Stadt zu begründen versucht. Die Aussagen von Saueressig „unnütze Spende“ und von Lenk „Wir dürfen nicht bluten.“ bewirkte eine deutliche Gegenreaktion von B. Osterwind: Mit seiner Gegenfrage „Wer blutet denn?“, stellte er für die BmU klar, dass wir tun müssen, was menschlich geboten ist. An dieser Stelle 40.000€ vorzuschieben, ist beschämend. Zumal hier auch die Demokratie und Freiheit Europas Thema ist. Interessant zum Thema Ukraine-Unterstützung eine Studie des Institutes für Weltwirtschaft in Kiel „Was kostet es, die Ukraine nicht zu unterstützen?“ Das IfW beziffert die bisherigen Kosten auf 0,1% des deutschen Bruttoinlandsproduktes. Die Kosten bei einer Niederlage der Ukraine würden aber bei 1,27 bis 2,24% liegen.

Nachzulesen z.B. bei [correctiv.de](https://www.correctiv.de).

- **Bebauungsplan Genossenschaftliches Wohnen Schmiedestraße („Hasenwiese“) – keine Rede mehr von „Klimaneutralität“ – Stadt übernimmt einige Kosten**

Bei Gegenstimmen von Grünen, AfD und BmU wurde der Bebauungsplan im Rat am 10.12.24 beschlossen.

Grundsätzlich hat die BmU das genossenschaftliche Projekt -ursprünglich im alten Schulgebäude Schmiedestraße- befürwortet, ohne die Stimmen der BmU wäre es auch nie dazu gekommen, da die CDU dort andere Pläne hatte.

Allerdings hat die BmU erhebliche Bedenken gegen den jetzt vorgesehenen Standort auf der sogenannten Hasenwiese. Unsere ausführlichen Darstellungen finden sich online.

Unser Alternativvorschlag, das Projekt neben dem Bürgerhaus (altes Schwimmbad) umzusetzen, wurde nie geprüft und sofort abgewiegelt, aus unserer Sicht wäre dies ein gut gelegener und günstigerer Standort gewesen.

An den jetzigen Planungen hat die BmU die folgende Kritik:

Die versprochene „Klimaneutralität“, so Bürgermeister Schultz in einem Werbevideo (Quelle: CDU-Erkrath Facebook) oder die SPD in ihrem Flyer zum Bürgerentscheid unter Punkt 9, kommt nun im Satzungsbeschluss nicht mehr vor. Eine „ökologische Aufwertung“ des Geländes drumherum, so SPD-RM Gehrke im Lokalanzeiger 49/22, findet nicht statt.

Es wäre ja auch zu schön gewesen: „preiswerte Sozialwohnungen, klimaneutral, ökologisch, passend zur umliegenden Bebauung .....“

Nach (!) dem Bürgerentscheid sieht es nun anders aus, von dem „Leuchtturmprojekt“ ist leider nicht mehr viel zu sehen. Und das mit erheblichem Kostenaufwand für die Stadt. Da die Zahlen bezüglich Erbpacht, Fernwärmeanschluss und Baustraße allerdings unter „nicht-öffentlich“ fallen, darf hier nicht darüber reflektiert werden, obgleich hier Transparenz für die Bürgerschaft wünschenswert wäre.

(Man vergleiche: Vorgang 113/2021)

Es sei zudem auf die Ratsberichte 2024/25 „neulich im Rat“ auf der Homepage verwiesen.

für den Vorstand der BmU e.V.

Christian Ritt, Vorsitzender